

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Post und Telekommunikation (17. Ausschuß)

**zu dem Entschließungsantrag des Abgeordneten Dr. Manuel Kiper
und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Hans Martin Bury, Gerd Andres,
Klaus Barthel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksachen 13/2504, 13/4001 –**

Postfilialen

A. Problem

Die antragstellende Fraktion stellt fest, daß vermehrt seit der Postreform II im Jahre 1994 vielerorts in der Bundesrepublik Deutschland die abnehmende Qualität und die sinkende Zahl der Postfilialen zunehmend kritisiert wurden. Defizite der postalischen Versorgung seien sowohl auf dem Lande als auch in Großstädten zu konstatieren. Vor diesem Hintergrund erhebt die antragstellende Fraktion zahlreiche Forderungen gegenüber der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Sicherstellung des Infrastrukturauftrages im Bereich des Postwesens gemäß Artikel 87 f Grundgesetz.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrages.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Entschließungsantrag auf Drucksache 13/4001 abzulehnen.

Bonn, den 17. Mai 1996

Der Ausschuß für Post und Telekommunikation

Arne Börnsen (Ritterhude)
Vorsitzender

Elmar Müller (Kirchheim)
Berichterstatte

Hans Martin Bury
Berichterstatte

Bericht der Abgeordneten Elmar Müller (Kirchheim) und Hans Martin Bury

Der von dem Abgeordneten Dr. Manuel Kiper und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu der Großen Anfrage der Abgeordneten Hans Martin Bury, Gerd Andres, Klaus Barthel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 13/2504 – eingebrachte Entschließungsantrag auf Drucksache 13/4001 wurde vom Deutschen Bundestag in seiner 93. Sitzung am 8. März 1996 dem Ausschuß für Post und Telekommunikation zur federführenden Beratung überwiesen.

Die Fraktion der SPD erklärte, daß sie zu dieser Thematik einen Entschließungsantrag mit dem Ziel ausarbeite, eine einvernehmliche Auffassung des Deut-

schen Bundestages zu erreichen. Sie werde daher den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht mittragen. Die Fraktion der CDU/CSU betonte, daß man in dieser Hinsicht vorgehen könnte, wie man es bereits 1981 praktiziert habe.

Der federführende Ausschuß für Post und Telekommunikation hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und SPD gegen die Stimme des Mitglieds der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Stimme des Mitglieds der Gruppe der PDS dem Deutschen Bundestag empfohlen, den Entschließungsantrag abzulehnen.

Bonn, den 17. Mai 1996

Elmar Müller (Kirchheim)
Berichterstatte

Hans Martin Bury
Berichterstatte